

Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2021 und der Fortschreibung der Sanierungsplanung

Stellungnahme der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Gummersbach (11. März 2021)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Helmenstein,
Sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, Ratskolleginnen und -kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Dank vorab gilt besonders den Mitarbeiter*innen der städtischen Finanzverwaltung und ihrem Finanzdezernenten Herrn Raoul Halding-Hoppenheit. Die Anerkennung ist in diesem Jahr besonders angebracht, da die „Corona-Pandemie“ auf Grund von Einnahmeausfällen und Mehrausgaben kurzfristige Neuberechnungen des Haushalts erforderte. Wiederholt mussten sehr schnell Regelungen des Landes NRW und der Bundesregierung eingearbeitet werden. Zuletzt war der Ausfall des eingeplanten Verkaufserlöses der Hauptschule Strombach auszugleichen.

Fazit: die Grund- und Gewerbesteuern müssen vorerst nicht erhöht werden!

Erneut ist der hohe Mittelabfluss an den Oberbergischen Kreis zu beklagen. Fast die gesamten Gewerbesteuereinnahmen werden an den Kreis abgeführt. Dieses ist nicht zuletzt der Übertragung von Aufgaben der kommunalen Ebene auf die Kreisebene geschuldet. Die Stellenvermehrung auf Kreisebene, der Brandschutz, der Rettungsdienst, die Schaffung einer weiteren Dezernentenstelle sind kein Vorbild für konsequente Haushaltsdisziplin.

Ich möchte mich aber auf drei wesentliche Punkte beschränken, die für die **zukünftigen Haushalte** von Bedeutung sein werden:

1. Neuregelung der Grundsteuer
2. Niedrigzinsentwicklung
3. Ausweitung der „Staatwirtschaft“

1.Grundsteuer: 2019 beschloss der Bundestag die Reform der Grundsteuer, die 2025 in Kraft treten soll. Die zukünftigen Regelungen sollten aufkommensneutral sein. Es wird äußerst aufwändige und damit teure Berechnungen geben, die zu neuen Ungerechtigkeiten führen werden. Es bleibt zu hoffen, dass in NRW kein „**Bürokratiemonster**“ geboren wird.

2.Niedrigzinsentwicklung: Die derzeit **extrem niedrigen Zinsen** sind durch politische Maßnahmen auf dieses Niveau gedrückt worden. Es ist ein gigantisches Konjunkturprogramm zur Finanzierung überschuldeter Staaten. Die Stadt Gummersbach profitiert ebenfalls deutlich von dieser Marktsituation. Die „**coronabedingten-Isolierungskosten**“ von voraussichtlich 20 Millionen Euro sollen über 50 Jahre abgeschrieben werden. Die derzeitige Geldentwertung bewirkt eine „automatische Tilgung“! Die **Kassenkredite** sind aber auch eine „Zeitbombe“, die bei evtl. steigenden Zinsen den Haushalt sprengen können.

Die absurde Zinssituation begünstigt nicht nur die Bildung einer „**Spekulationsblase**“ auf dem Wohnungsmarkt sondern auch eine „**Kostenexplosion**“ auf dem Bausektor. Beides steht der Schaffung von Wohnungen mit bezahlbarer Miete entgegen. **Gegen den Markt kann man nicht „ansubventionieren“!**

3.Staatswirtschaft: Zweifellos haben Bund, Länder und Kommunen mit atemberaubenden „Rettungspaketen“ erfolgreich versucht, die wirtschaftlichen Folgen des „Corona-Lockdowns“ zu mildern. Das ist kurzfristig sicherlich richtig. Auf längere Sicht aber nicht frei von Gefahren. Die Fürsorge des Staates fällt auf fruchtbaren Boden. Die Forderung, dass „der Staat“ immer stärker das Verhalten der Bürger und Unternehmen regulieren müsse, hat immer mehr Anhänger gewonnen. „Reichensteuer“, „Mietendeckel“ und „Dieselfahrverbote“ haben inzwischen die Zustimmung der Mitte der Gesellschaft erreicht. Die Eigenverantwortung wird geringer und die administrative Lenkung lässt zunehmend Maß und Richtung vermissen. Der Lenkungsanspruch der Exekutive hat ein bedenkliches Ausmaß angenommen. Er erschöpft sich häufig in ausufernder Regelungswut bei einem bedrohlichen wachsenden Vollzugsdefizit.

So viel zu den drei Punkten Grundsteuer, Niedrigzinsen und „Staatswirtschaft“.

Die FDP-Gummersbach nimmt die Berichte und Entwürfe der Verwaltung zum Planungsstand eines „**Bergischen Forums für Wissen und Kultur**“ mit Freude und Anerkennung zur Kenntnis. Die nächsten formalen Schritte werden mit Spannung erwartet. Der Oberbergische Kreis und die Nachbarkommunen sollten unbedingt von dem allgemeinen Nutzen des Projektes überzeugt und zur Kooperation aufgefordert werden.

Auch wenn wir die sogenannte „Sexsteuer“ wegen der Geringfügigkeit der Einnahmen und dem fragwürdigen Erhebungsaufwand erneut ablehnen, **wird die FDP-Fraktion dem Gesamthaushaltsplan 2021 der Stadt Gummersbach mit seinen Anlagen zustimmen.**

Ulrich von Trotha
Fraktionssprecher

Dauer 5,0 Min.